

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 70 Pfg., durch die
Post vierteljährlich 2.10 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Kloppeheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 27.

Dienstag den 4. März 1919.

19. Jahrgang.

Aufruf der Reichsregierung.

Das Kabinett hat angesichts der gegenwärtigen Lage beschlossen, folgenden Aufruf zu erlassen:
Während Nationalversammlung und Reichsregierung in voller Erkenntnis und Würdigung der ihnen vom freien deutschen Volk übertragenen großen Aufgabe am demokratischen Fundament der Republik arbeiten, droht wirtschaftliche und politische Anarchie das Reich zu zerschüttern. Terroristische Elemente wollen die aus dem freiesten Wahlrecht hervorgegangene Nationalversammlung beseitigen. Jedes Mittel dazu ist ihnen recht. Sie streben danach, Weimar vom übrigen Deutschland abzuheften und dadurch Reichsregierung und Nationalversammlung gleichgültig zu machen.

Demgegenüber erklären wir: Nichts darf den Abschluß der Verfassung anhalten. Die Arbeit der Nationalversammlung an der Überwindung politischer und wirtschaftlicher Not darf nicht gehindert werden. Sie soll uns den Frieden bringen! Diese Lebensnotwendigkeiten werden wir mit aller Entschlossenheit sicherstellen. Verleumdung gefährlichster Art ist es, wenn die gewalttätigen Schürer des Aufruhrs behaupten, Nationalversammlung und Reichsregierung hätten sich den Aufgaben der Stunde entzogen, den Vorfällen im Reich kein Gehör geschenkt oder wollten gar die Arbeiterschaft um die Früchte der Revolution bringen. Wir stehen und fallen mit den Grundfragen der Demokratie. Hier gibt es für uns kein Passieren. Die politische Macht gebührt allein der freigeählten Vertretung des Volkes und der von ihrem Vertrauen getragenen Regierung. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes nach innen muß so gut wie das nach außen gegen jede Gewalt gesichert werden.

Noch größer als die politische Gefahr ist die wirtschaftliche Notlage unseres Landes. Die Kohlenförderung sinkt in erschreckendem Maße. Zahllose Fabriksbetriebe stehen still, eine ungeheure Armut von Arbeitslosen ist angebrochen. Täglich werden neue Bahnhöfe stillgelegt. Der öffentliche Verkehr bröckelt. Die Bevölkerung muß sich selbst den notwendigen Teil an Verkehr und Transport verschaffen.

Da lautet das erste Gebot: An die Arbeit! Nur die kann uns retten. Jeder Streik führt uns einen Schritt näher dem Ruin. Wie in allen Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter erklären wir auch heute: Gleich wichtig wie die politische ist uns die wirtschaftliche Demokratie. Nur sie kann alle Kräfte wecken und am Werke halten, die unseren völligen Untergang abwenden vermögen. Wir sind dabei, das Gesetzbuch der wirtschaftlichen Demokratie zu schaffen: das einheitliche soziale Arbeiterrecht auf freier individueller Grundlage. Wir werden die Organe der wirtschaftlichen Demokratie aufbauen, die Betriebsräte, wie wir sie schon in der Verhandlung mit den Bergarbeitern aus dem Ruhrgebiet und aus Halle vorschlugen, die aus freiesten Wahlen hervorgegangene berufene Vertreter aller Arbeiter sein müssen. Wir werden das Ziel der wirtschaftlichen Demokratie erreichen: die konstitutionelle Fabrik auf demokratischer Grundlage. All das in Verbindung mit der Sozialisierung der Wirtschaftsweise, die sich, wie vor allem Bergbau und Erzeugung von Energie, zur Übernahme in öffentliche oder gemeinschaftliche Verwaltung eignen oder der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden können. Im neuen Deutschland soll Arbeit soziale Pflicht sein, Müßiggang und gewinnstüchtiges Erwerbentum mit allen Mitteln unterdrückt und ausgeremert werden. Vorwärts damit auf dem Wege organisch aufbauender Arbeit!

Wilde Sozialisierungsversuche aber, terroristischen Zwang gegen die Arbeiterschaft, bewaffneter Aufruhr, Verhaftung des Reichs werden wir rücksichtslos bekämpfen. Uns ist jedes Menschenleben heilig. Die Revolution gibt keinen Freibrief auf Raub, Mord und Gewalttätigkeit jeder Art. Über allem steht das Leben des Volkes. Wer sich an ihm vergreift, ist unser Feind! Die Streiche des Gesetzes wird ihn treffen! Nach vier Jahren furchtbaren Kriegs mit ungeheuren Verstörungen an Kulturwerten und einem Meer von Blut wollen wir nicht, daß auch noch die Schrecknisse des Bürgerkriegs mit seinen mörderischen Bruderkämpfen, mit all seinem Haß und seiner Zerrüttung unser Vaterland zerstören. Frieden nach innen und außen, Wiederaufbau und Wiedergewinnung, das ist die Sehnsucht unseres leidenden Volkes. Eine gewaltige Mehrheit von 22 Millionen Wählern hat uns zur Reichsregierung berufen. Steht zu uns, wie wir zu euch stehen! Das ganze Volk schließt sich uns an gegen Vergewaltigung, Zerstörung, Zusammenbruch. Wenn wir einig sind, ist uns die Zukunft sicher!

Das Reichskabinett: Scheidemann, Schiffer, Beil, Graf Brockdorff-Rantzau, Bauer, David, Erzberger, Giesberts, Götze, Roth, Landsberg, Noske, Preuß, Robert Schmidt, Brüning.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Nationalversammlung ist ein Gesetzentwurf zum Schutz gegen die Folgen der Verkehrserleichterung vorgegangen. Der Entwurf geht davon aus, daß die Befreiung deutscher Gebiete auf Grund des Waffenstillstands eine Erschwerung des Verkehrs, insbesondere auch des Zahlungsverkehrs, zur Folge hat. Der Schutz der neuen Vorschriften soll sich auf alle diejenigen Personen erstrecken, deren wirtschaftliche Lage durch die vorzeitige Erschwerung des Verkehrs mit Teilen des Reichsgebietes wesentlich verschlechtert ist. Ihnen läßt der Entwurf die Vermögensgegenstände der Verordnung über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen und der Verordnung über die Folgen der nichterfüllten Zahlung einer Geldforderung in dem entsprechend erweiterten Umfang zugute kommen, wie es durch die Vorschriften der Verordnung über die Bewilligung von Zahlungsfristen an Kriegsteilnehmer vom 8. Juni 1916 und der Paragraphen 5 bis 8 der Verordnung zum Schutz von Kriegsteilnehmern vom 8. Februar 1917 zugunsten der Kriegsteilnehmer und Kriegsfamilien bestimmt worden ist. Es bleibt dem Reichskabinett das Innenministerium vorbehalten, zu bestimmen, mit welchen Teilen des Reichsgebietes der Verkehr als erschwert anzusehen ist. Die Ermächtigung, diejenigen Gebiete zu bezeichnen, mit welchen der Verkehr als erschwert anzusehen ist, schließt die Befugnis ein zu bestimmen, mit welchen von ihm bezeichneten Teilen des Reichsgebietes der Verkehr nicht mehr als erschwert zu gelten hat.

Bei der Nationalversammlung ging folgende Anfrage ein: Anfolge des herrschenden Papiermangels kann die deutsche Presse ihren Aufgaben wieder im Auslande noch in Bezug auf die notwendige Vertretung der Reichsinteressen gegenüber dem Auslande gerecht werden. Was kann und will die Regierung tun, um diesem Uebelstande abzuhelfen?

Der gewerkschaftliche Zentralverband hat nach den neuesten Zahlen die Mitgliederzahl von 3 Millionen überschritten.

Aus Rußland.

Die „Times“ meldet, daß nach Berichten aus St. Petersburg die Vorbereitungen, um die Stadt in den Verteidigungszustand zu setzen, mit fieberhafter Eile fortgesetzt werden. Ebenso werden die Schuld an der Streikbewegung in Mitteldeutschland.

Spanien.

Das Reutersche Bureau meldet aus Madrid, daß es wegen Lebensmittelmangels zu ersten Unruhen kam. Schächter- und Bäckereien wurden gestürmt. Nach Verhängung des Standrechts wurde die Ordnung wieder hergestellt. Die Regierung hat sämtliche Bäckereien übernommen. Romanones erklärte, daß die Proteste der Bevölkerung gegen die Lebensmittelhändler bereit an Umfang zugenommen hätten, daß es notwendig sei, ernste Vorkehrungen zu treffen. Truppen patrouillieren in den bedrohtesten Teilen der Provinz, wo auch Maschinengewehrstellungen und Artillerie aufgestellt wurden.

Die Nationalversammlung.

(18. Sitzung.)

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr.

Abg. Merges (Braunschweig) hat sein Mandat niedergelegt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Antrag des Wahlprüfungsausschusses, wonach dieser ermächtigt werden soll, Wahlprüfungsangelegenheiten unmittelbar durch die Behörden vornehmen zu lassen. — Der Antrag findet einstimmig Annahme.

Eine Erklärung der 37 weiblichen Mitglieder der Nationalversammlung besagt folgendes: 1. Die deutschen Frauen und Kinder haben durch die völlige wirtschaftliche Absperrung Deutschlands während des Krieges unsagbar gelitten. Sie alle erhofften, daß mit der Einstellung des Blutvergießens auch die furchtbare Kampfesmittel nicht weiter zur Anwendung kommen würde. — Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Präsident Fehrenbach: Im Namen unserer Kranken, im Namen des ganzen deutschen Volkes sage ich den Frauen, die aus allen Parteien gemeinsam die den Antrag der Nationalversammlung unterbreitet haben, für diese edle Tat den Dank aus. (Wiederholter allseitiger Beifall.)

Zur Verhandlung gelangt hierauf eine von sämtlichen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen eingebrachte Entschließung zur Kolonialfrage. — Kolonialminister Dr. Baer tritt für die Entschließung ein und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sein Ministerium in absehbarer Zeit nicht mehr ein Amt ohne Land sein wird.

Abg. Henke (N. Soz.) bestreitet allen Staaten das Recht auf Kolonisierung.

Die Entschließung wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Ohne wesentliche Debatte werden in allen drei Lesungen angenommen: Der Gesetzentwurf betr. Verbot des Agiohandels mit deutschen Banknoten und Darlehensschecks, der Gesetzentwurf zur Abänderung der Verordnung über ausländische Wertpapiere vom 22. März 1917, sowie der Gesetzentwurf über die Einregelung von Schiffs-, Drucksachen-, Wertpapieren und Zahlungsmitteln beim Grenzübertritt nach dem Auslande.

Die Abg. Löbe (Soz.), Gröber (Ztr.) und v. Payer (Dem.) beantragen einen Gesetzentwurf, der die Reichsregierung ermächtigt, während der Tagung der Nationalversammlung diejenigen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen mit gesetzlicher Wirkung anzunehmen, die sich zur Durchführung der mit den Bestimmungen des Deutschen Reichs vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen als notwendig erweisen. Diese Verordnungen sind der Nationalversammlung alsbald zur Kenntnis zu bringen und auf ihr Verlangen aufzuheben. Das Gesetz soll mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten. Der Gesetzentwurf wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen, ebenso ohne Erörterung die Vorlage zum Schutz gegen die Folgen der Verkehrserleichterung (Verlängerung von Zahlungsfristen, Einstellung der Zwangsvollstreckung, wenn infolge der Verkehrserleichterung durch die Befreiung die Lage des Schuldners wesentlich verschlechtert ist).

Ohne wesentliche Aussprache wird der Gesetzentwurf betr. Vergütung der Leistungen für die kaiserlichen Heere im besetzten Gebiet in allen drei Lesungen angenommen.

Bei der dritten Beratung des Übergangsgesetzes bemängelt

Abg. Schneider (Dem.) die von den Volksbeauftragten erlassenen Verordnungen über die Reichsverfassung.

Abg. Kosside (Deutschl.) tritt der Verordnung entgegen, wonach bestimmte Acker zwangsweise bestellt werden sollen. Mit Zwang kann man nicht erreichen, daß eine ordnungsmäßige Bestellung durchgeführt wird.

Die Abg. Frau (Soz.) und Wurm (Unabhängiger Soz.) polemisieren gegen Dr. Kosside.

Abg. Binnefeld (Ztr.) tritt für Kommissionsberatung der vor den Volksbeauftragten erlassenen Verordnungen ein.

Um 1 Uhr vertagt sich das Haus zur Weiterberatung auf 3 1/2 Uhr nachmittags.

In der Nachmittagsitzung wurde die Beratung des Übergangsgesetzes fortgesetzt.

Abg. Heim (Vahr. Bauernbund) weist auf den Ernst der Lage der Landwirtschaft hin. Weizen liegt noch ungedroschen, Mähen stehen still, weil es an Arbeitern und Ackerpferden mangelt. Wir stehen vor einem Abgrund.

Abg. Wurm (N. Soz.) sagt, die Regierung frage die Schuld an der Streikbewegung in Mitteldeutschland Reichsarbeitsminister Bauer, weist demgegenüber darauf hin, daß es Arbeiterführer gebe, die in leichtfertiger Weise Streiks anzetteln, nur um politische Geschäfte zu machen.

Nach erheblicher weiterer Debatte wird der Gesetzentwurf in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Montag 10 Uhr: Fortsetzung der ersten Lesung des Verfassungsentwurfes.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Der Waffenstillstand.

Aus der Sitzung vom 28. Februar verläutet: General Dubant überreichte den Text eines Gesetzentwurfs, der der französischen Kammer vorliegt und sicher angenommen werde, wie er erklärt. Das Gesetz soll die Ausgrabungen und Umbettungen von Leichen der im Kampf gefallenen französischen, verbündeten und feindlichen Soldaten verbieten. Dieser Gesetzentwurf zeigt klar, daß die französische Regierung den Schutz aller Einzel- und Sammelgräber wie auch aller Friedhöfe, die deutsche Gräber enthalten, übernehme. Der deutsche Vorstehende dankte für diese Mitteilungen, welche die Angehörigen der im französischen Boden ruhenden deutschen Toten beruhigen werden. Er bat den belgischen Vorstehenden, dahin zu wirken, daß von Seiten der belgischen Regierung eine ebenso wohlwollende Behandlung der Angelegenheit erfolge.

Die Lebensmittelversorgung.

Der deutsche Vorstehende der Waffenstillstandskommission richtete in einer Note an die Verbundmächte das

Die Lage im Ruhrgebiet.

Im ganzen Ruhrgebiet herrscht Ruhe. In allen Betrieben und in allen Zechen ist auf allen Zechen und in allen Betrieben die Ruhe angenommen worden. Die Bezirks- und örtliche Behörden sollen auf Anordnung des Generalstabskommandos in Münster aufgelöst werden. Die Sicherheits- und Polizeibehörden werden nur da als kommunale Einrichtungen anerkannt und aus öffentlichen Mitteln bezahlt, wo sie auf dem Boden der Regierung stehen. In Ratingen, wo ein ähnlicher Vollzugsrat wie in Düsseldorf Schrecken verbreitet hatte, ist von Regierungstruppen leicht und ohne Verluste besetzt worden.

Merke! Nachrichten.

Der Beginn der Sozialisierung.

Die gesamte mehrheitssozialistische Partei hat, nach einer Meldung aus München, in der Nationalversammlung einen von Auer u. Gen. unterzeichneten Antrag eingebracht, wonach das Eigentum an allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Bodenstücken allein der Nation zusteht. Weiter wird die Regierung des Reiches aufgefordert, die Verwertung und die Erzeugung von Energie mit möglichst beschleunigter der öffentlichen Bewirtschaftung (Sozialisierung) durchzuführen und dabei die Arbeiter und Angestellten durch Arbeitsstellen (Betriebsräte) an der Kontrolle zu beteiligen, zum Zwecke der Lebensmittelfürsorge nach Deutschland die Küstenschiffahrt von Rotterdam nach Hamburg und Stettin zu gestatten. Er hat in Anbetracht der schwierigen Ernährungslage Deutschlands um solche zustimmende Antwort.

Zur Lage im Reich.

Der drohende Generalfreik in Berlin.

Angeht das drohende Generalfreik in Berlin. Der Bürger von Großberlin einen Aufruf an die Bürger mit der Aufforderung, wenn in Berlin der politische Generalfreik von den Terroristen verhängt werde, dann auch das Bürgerrecht sei. Der Generalfreik eintreten solle. Die Kommandantur von Berlin mahnt alle besonnenen Arbeiter und Bürger, der Aufforderung zum Massenstreik nicht nachzukommen, Straßen und Plätze freizuhalten und dem gefährlichen Gefährde keine Gelegenheit zum pflücken, rauben und stehlen zu geben.

Druckerstreik in Berlin.

Die Zeitungsverlage von Rudolf Mosse, August Engel und Wolff veröffentlichten eine Erklärung, in der mitgeteilt wird, daß die Zeitungsdrucker in den Auslands getreten sind, obwohl erst in der vergangenen Woche die Lohnverhältnisse der Buchdrucker neu geregelt worden sind. Die Zeitungen der drei Verlage können daher vorläufig nicht erscheinen. Auch die Deutsche Zeitung, die Berliner neuesten Nachrichten, der Deutsche Courrier und die Kreuzzeitung sind am Montag nicht erschienen.

Salle.

Die von der Reichsregierung entsandten Truppen sind in Halle eingezogen. Die Bevölkerung zeigt große Befriedigung über die Befreiung von den Terroristen. Sämtliche Weichen der Eisenbahnen des Bahnhofes sind gesperrt. Der regelmäßige Zugverkehr kann erst nach Wiederherstellung der Weichen wieder einsetzen.

Der Wirrwarr in München.

Aus München wird berichtet, daß die Sozialdemokraten aller Münchener Regimenter hinter den Mehrheitssozialisten stehen und eine Räuberherrschaft verüben. Bei den Unruhen wurden 60 Mann des ersten Infanterie-Regiments durch Spartakisten gefangen genommen. Auf der Theresienwiese, wo Sonntag vorüber trotz des Verbot eine sozialistische Versammlung stattfand, kam es zu einer Schießerei. Es gab drei Tote und neun Verwundete. Eine große Schwierigkeit für das Militär liegt darin, daß den Demobilisierten die Uniformen belassen wurden.

Rote Rosen.

Roman von H. Konrads-Mahler.

84) Nachdruck verboten.

Die Hochzeitstafel war zu Ende, und in dem entstandenen Trübel bei dem Ausbruch von der Tafel trat Frau von Seydlitz an Josta heran.

Kind, es ist Zeit, du mußt dich für die Reise umkleiden", sagte sie und führte Josta hinaus aus dem frohen Kreise.

Niemand bemerkte das Verschwinden der Braut, als die drei Personen, die sie unablässig beobachtet hatten — Graf Rainer, sein Bruder und Gräfin Gerlinde.

Graf Rainer suchte sogleich seinen Schwiegervater auf, als er Josta mit Frau von Seydlitz gehen sah, um vor der Abreise noch einiges zu besprechen.

Graf Henning aber sah der schlanken, weißen Gestalt mit brennenden Augen nach, und ein tiefer Seufzer entfloß wie ein Stöhnen seinen Lippen, wenn er hätte seinem Gefühl folgen können, so wäre er hinter Josta hergeköhrt, hätte sie in seine Arme gerissen und ihr gesagt:

„Wehe nicht mit Rainer, du liebst ihn nicht, du weißt nicht, was du tust. Und ich kann dich nicht lassen, weil ich dich liebe, weil mein Herz nach dir schreit zu höchster Not und Qual.“

Aber er stand starr, wie gelähmt, und sein Gesicht war bleich und verfallen. Seine Augen folgten Josta noch durch das leere Nebenzimmer, und er sah, daß sie, wie sie es verließ, ein weißes Spitzenkleid fallen ließ — ihr Brautkleid. Sie hatte es nicht gemerkt, die Tür schloß sich hinter der weißen Schleppe des Brautkleides.

Da kam Leben in Graf Hennings Gestalt. Hastig, mit unsicheren Schritten, wie magnetisch angezogen, ging er hinüber. Schen er sich um — das Zimmer war leer. Hastig blickte er sich nach dem garten, weißen Tischlein und hob es auf. Er barg es in seiner Hand wie einen kostbaren Raub und sah sich nochmals um. Da er sich ganz allein sah — er bemerkte nicht, daß

der Verwaltung zu betreiben.

Die preussische Nationalversammlung.

Das Kabinett hat, so wird aus Weimar gemeldet, beschlossen, die preussische Nationalversammlung bis auf weiteres zu vertagen.

Die Vorkonferenz.

Sant „Gaulois“ werde das neue Abkommen, dessen Bestimmungen den Präliminarfrieden-Verhandlungen gleichkommen, wahrscheinlich in etwa 10 Tagen vorgelegt werden können. Präsident Wilson, der über den Gang der Arbeiten der Konferenz pünktlich unterrichtet wird, ist in allen Punkten mit den Alliierten einig.

Clemenceau.

Präsident Clemenceau hat seine Tagung wie bisher in vollem Umfange aufgenommen.

Unsere Ostafrikaner.

Letzter Vorbericht ist mit den Seinen zurückgekehrt, mit seiner Heldenschar, die der Pflicht getreu für den deutschen Namen jahrelang kämpfte, obwohl von vornherein klarstand, daß unseren Ostafrikanern kein Sieg beschieden sein konnte. Losgelöst von jeder Verbindung mit dem Vaterlande, ganz auf sich, ihre Kraft und Erfindungskraft gestützt, haben die Tapferen unendliches Leid erduldet, aber sie sind niemals verzagt, haben sich viel mehr in Wusch und Steppe wie Löwen geschlagen, so daß sie dem Volke wie Helden aus der Sagenwelt erschienen. Mit ihnen eine kleine Schar Hartbiger, die nicht von ihrer Seite wich und bis zum unabwehrbaren, bitteren Ende ausharrte in einer geradezu bewundernswerten Treue. Der Name des Führers Lettow-Vorbeck wird niemals seinen hehren Klang im deutschen Volke verlieren. In all den abenteuerlichen Kämpfen hat er sich als ein unerschrockener und listentrunder Heldentum bewährt, dessen stillliche Höhe es vermochte, die Asiaten in seine Person zu fesseln und sie zu treuen Bundesgenossen zu machen, bis er dem Schicksal erlag, das ihn und seine Heldenschar treffen mußte. In all dem Jammer des Reiches, der uns heute niederbrückt und uns fast jede Hoffnung auf eine Besserung nimmt, wirkt die Gestalt eines Lettow-Vorbeck tröstlich und erhebend. Das Heldenerbe, das sein Werk darstellt, wird, wenn es in seinen Einzelheiten vorliegt, unser Volk mit neuer Hoffnung erfüllen, daß wir uns wieder einmal im Rate der Völker durch unsere innere Tüchtigkeit, stillliche Höhe und eisernes Streben emporarbeiten können. Ein Volk wie das deutsche wird auch die jetzige, so unendlich traurige Lage zu überwinden wissen und seinen Helden nachzusehen ringen bis zu einer neuen wirtschaftlichen Blüte.

Die Heimkehr.

Der Sonderzug mit General von Lettow-Vorbeck und seiner Heldenschar, sowie vielen Frauen und Kindern, zusammen etwa 400 Personen, traf am Samstag um 10.30 Uhr abends in Osnabrück ein, von dem zahlreich erschienenen Publikum jubelnd begrüßt. In der Begrüßung waren die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden erschienen. Die Begrüßungsansprache hielt General Schöler vom 8. Armee-Korps. General von Lettow-Vorbeck dankte für den überaus herrlichen Empfang und forderte zum Schluß die mit ihm Zurückgekehrten auf, jetzt nicht die Hände in den Schoß zu legen, sondern mitzuhelfen, Ordnung im Vaterlande zu schaffen. Seine Rede klang in ein dreifaches Hurra auf das geliebte Vaterland aus. Sämtliche Kriegsteilnehmer hatten inzwischen das Eisene Kreuz erster Klasse erhalten, welches ihnen sofort von den anwesenden Damen, welche die Begleitung während des Essens übernommen hatten, angeheftet wurde. General von Lettow-Vorbeck wurden zwei prachtvolle Vorbeertränke überreicht. Um 1.40 Uhr setzte der Zug unter lebhaften Ovationen der Menge die Reise nach Berlin fort.

Die Nationalversammlung.

Die zuerst auf der Tagesordnung stehende dritte Sitzung des Übergangsgesetzes wird von der Tagesordnung abgelenkt, da die geistigen Bedürfnisse der Nationalversammlung noch nicht im Druck vorliegen.

Das Haus tritt in die erste Beratung der Verfassungsvorlage ein.

Präsident Fehrenbach: Der Senatskonvent hat über die Verfassungsvorlage Beratung der Vorlage beraten, und ich unterbreite Ihnen nunmehr folgende Vorschläge. 1. Nur zwei Redner-Folgen sprechen zu lassen. 2. Die Redezeit auf das Höchstmaß von einer Stunde zu beschränken. Man nimmt an, daß zwei Redner von der Fraktion genügen werden, um den Stoff so unter sich zu verteilen, daß er in einer Stunde hinreichend erörtert werden kann.

Die Nationalversammlung ist damit einverstanden und erteilt dem Präsidenten die entsprechende Ermächtigung.

Das Wort erhält Abg. Fischer-Berlin (Z.): Zum ersten Male in der deutschen Geschichte ist das deutsche Volk berufen, sich aus eigener Machtvollkommenheit eine Verfassung zu geben. Das neue Reich soll mit dem alten nichts gemeinsam haben als den Namen. Auf Gewalt und Blut ist das alte Reich gegründet gewesen. (Widerpruch.) Gewalt kennzeichnet die ganze Geschichte des alten Reiches. (Lebhafte Zustimmung.) Ein klassischer Widerspruch stand zwischen Regierung und Regierten. Bewußtstand stand das Reich drohend nach außen da. Das muß in der Zukunft anders sein. Redner tritt für die Befestigung des Übergewichts Preußens ein und bezieht die Aufnahme einer Bestimmung als wünschenswert, durch die es unmöglich gemacht werde, daß ein Mitglied eines bisher in Deutschland regierenden Hauses zum Präsidenten der Republik gewählt werden kann. Die Sozialdemokratie hat sich dagegen ausgesprochen, daß jetzt, nachdem über 20 Landesparlamente befreit worden sind, jeder deutsche Einzelstaat wieder seinen besonderen Präsidenten erhalten soll.

Abg. Spahn (Z.): Wenn wir jetzt vor der Aufgabe stehen, uns eine neue Verfassung zu geben, so steht in der Spitze unserer Beratungen die Frage, ob das Reich ein Einheitsstaat oder ein Bundesstaat sein soll. Aus territorialen, ethnographischen und kulturellen Gründen wird das Deutsche Reich auch als Republik ein Bundesstaat bleiben müssen. Der Entwurf steht auf diesem Boden. Er sieht die Aufnahme Deutsch-Oesterreichs

in das Deutsche Reich vor. Für die föderative Gestaltung ist die Frage nicht gleichgültig, ob die seitherige einzelstaatliche Gliederung so wie sie ist beibehalten oder durch eine andere Umgrenzung der Einzelstaaten, namentlich Preußens, ersetzt werden soll. Die Frage der Teilung Preußens in zwei oder drei Teile erfordert deshalb Beachtung und Prüfung, sowohl im Interesse der Reichseinheit wie der Zufriedenheit der Bewohner. In der Kommission wird ein Weg gesucht werden müssen, die Trennungsfrage offen zu halten. Die Neuordnung soll ehrlich demokratisch, sie muß vernünftig sozial und entsprechend dem christlichen Charakter des deutschen Volkes christlich sein. Der Entwurf nennt alle Deutschen gleichberechtigt. Damit ist die Ebenbürtigkeit aller Glieder des Volkes im ganzen Volksstaat durch die Reichsgewalt befestigt. Und alle muß die Überzeugung durchdringen, daß Wirtschaftsdienst Volksdienst ist, daß aus dem Recht auf Arbeit die Pflicht zur Arbeit abzuleiten ist, die Pflicht für die Gesamtheit zu leben. Die Arbeitskraft ist unter den besonderen Schutz des Reiches gestellt. Diesem neuen Grundrechte ist zuzustimmen. Allerdings werden aus ihm die Sozialisierungsbestrebungen ihre Folgerungen ziehen. Es sind die monopolistischen Betriebe. Allgemein eignet sich unsere Industrie nicht zur Sozialisierung. Wir müssen mehr arbeiten, als unsere Gegner, weil wir tiefer verschuldet sind, als sie. (Sehr richtig!) Solange wir in Abhängigkeit sind, dürfen wir keine Experimente machen, die an die Wurzel unseres Wirtschaftslebens greifen. (Zustimmung.) Geschützt sind die Rede, die Presse, die Vereins- und Versammlungsfreiheit, das Petitionsrecht und die persönliche Freiheit. Die Religion als solche ist nicht

— Die Ausbesserung von Lokomotiven soll, um deren Erlosk zu beschleunigen, noch weiteren Leistungssteigerungen Privatwerken überlassen werden. Um auch die von damit beschäftigten Werks zu erhöhten Leistungen anzuhalten, sind die Eisenbahndirektionen vom Minister der öffentlichen Arbeiten ermächtigt worden, besonders oceanischen Privatwerken die Uebertragung von Ausbesserungsarbeiten an vollstänigen Lokomotiven und deren für etwa 1—1½ Jahre in Aussicht zu stellen, vorausgesetzt wird dabei, daß die Leistungen den Anforderungen entsprechen und die Preise angemessen sind. Die Privatwerke mehr als bisher nutzbar zu machen, soll deren Tätigkeit mit oceanischen Mit-Arbeit gefördert werden. Eine reichliche Anzahl von Ausbesserungsfähigen möglichst gleicher Gattung soll ihnen rechtzeitige Zuführung werden, die Arbeiten vorfristig überwacht, schnell beim Abbrechen von Aufträgen, dem Ausgießen von Lagern, beim Liefern von Ersatztheilen etc. geholfen werden. Krupp in Essen ist bereits zur Ausbesserung von Lokomotiven und Güterwagen herangezogen. Auch die Schiffswerften der Unterweserstädte können da-
beschäftigt werden.

Gemeindevertreterversammlung. Am Donnerstag voriger Woche fand wie schon kurz berichtet, im Sitzungssaal des hiesigen Rathhauses wiederum eine Sitzung der Gemeindevertretung statt, die ziemlich stark besucht war. Beigeordneter Bierbrauer eröffnete in Abwesenheit des Herrn Bürgermeister die Sitzung kurz nach 7 Uhr und wurden vor Eintritt in die Tagesordnung noch seitens der Anwesenden drei Punkte zur Beschlussfassung gefordert und zwar: Erhöhung des Lohnes der Notstandsarbeiter auf den Satz von 1.— M. pro Stunde, was auch beschlossen wurde. Behebung der Wohnungsnot und Holzverlosung an die bei erst jetzigen Verlosung nicht beteiligten ca. 300 Haushaltungen, die sich nicht rechtzeitig hierzu gemeldet hatten. Die beiden letzten Punkte wurden zurückgestellt. In Beratung der Punkte der Tagesordnung wurde die auf Gustav Abraham hier irtümlich veranlagten Umsatzsteuer) erlassen. Die Genehmigung zum Ausbau der Gutsrobleitung in der Nauoder- und Lammstraße wird zur Prüfung durch den stellv. Landrat Schlitt verlag und das Ansuchen des Emil Dickschäfer hier um Herstellung der unteren Watestr. bis zu seinem Besitzum wird abgelehnt, dagegen die Straßenrinne in der Bierstadt-er Straße erhöht. In geheimer Sitzung wird sodann die Gehaltsregelung der Gemeindebeamten beraten und die Gehälter wie folgt festgesetzt: Bürgermeister Hofmann 4000 M., Sekr. Litzinger 2500—3500, Sekr. Kremer 2700—3100, Rechnungsrat 2700, Polizeisergeanten je 2000, Feldhüter Roos 1400, Janßen 1200, Bürobeamter Wendel 1700, Mai 1600, Horn 1800, die Nachwächter 850—900 M. jährlich und die vorübergehend beschäftigten Hilfsarbeiter 5 M. pro Tag.

Unregelmäßigkeiten hat sich ein junger Mann auf hies. Bürgermeisterei zu Schulden kommen lassen.

Kartoffeln wurden bei zwei hies. Landwirten beschlagnahmt. In einem Falle hatte der Landwirt 50 Pfennig für das Pfund verlangt.

Eingefandt.

Für Kritik unter Meier Rubrit übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.)

In der Sitzung der Gemeindevertretung am Donnerstag stand die Regelung der Gehaltsverhältnisse der Gemeindebeamten hieselbst zur Tagesordnung und war zu dieser Beratung und Beschlussfassung besonders der stellv. Landrat des hiesigen Kreises erschienen, demgegenüber man es scheinbar jedoch nicht vorher einerseits unterlassen hatte die Ohren tüchtig vollzublasen. Also man höre und staune ein großes Getrömel und — keine Soldaten.

In geheimer Sitzung, denn daß bei diesem Punkt Persönlichkeiten eine große Rolle spielen mußten, ist klar, wurden nun die Leidtragenden nicht wenig durch die Beschdel gezogen und was hinten herauskam, waren Aufbesserungen die sich neben andern auf die erstaunliche Höhe von 100 M. 40 M. oder 20 M. usw. jährlich belaufen, während einige Beamten sogar ganz leer ausgingen, weil sie angeblich schon zu hoch in ihrer Gehaltsklasse seien. Und die Beamten, die wirklich aufgebessert wurden, bleiben gegen ihre Kollegen anderer Gemeinden immer noch weit zurück, da bei der jetzigen Regelung eine Gehaltsstala zu Grunde gelegt wird, die anderorts schon 1902 festgelegt wurde.

Die Einwohner Bierstadt's seien sich nun einmal darüber klar, daß unsere Gemeinde die finanziell bestgehaltene der Vororte Wiesbadens ist, und in der Bezahlung der Beamten, Angestellten und Arbeiter hinter allen übrigen auch hinter dem armen Dogheim usw. noch weit zurücksteht und von jeher zurückstand; weiter daß die Gemeindebediensteten trotz Feuerung und unerschwinglicher Zeiten in den letzten Jahren hiesig leer ausgingen oder vertrießt wurden, zusehen mußten, wie die Preise um's 5 bis 10 fache stiegen, wie Reichs- und Staatsbeamte Zulagen erhielten, Kaufmanns- und Arbeitslöhne ihre Löhne verbesserten, während sie, die die drückenden Lasten der Kriegsverordnungen und Gesetze die um das mehrfache gesteigerte Arbeit bewältigten, den Unmut der Bevölkerung über ungerechte Maßnahmen und Anordnungen höherer Stellen ertragen mußten, hungern und darben, sich einschränken konnten und ihre Sparpfennige verzehren oder heute einer Schuldenlast gegenüberstehen. Es wird daher leicht allgemeine Billigung finden, wenn diese Beamten jetzt hier vor der Öffentlichkeit der Gemeindekörperschaften und besonders ihrem allgewaltigen Oberhaupt, das es meisterlich versteht sich von Sitzungen zu drücken, in denen es seine Beamten- und Arbeiterinteressen zu vertreten hätte, für die so rührige Vertretung und Wahrung der Interessen seiner Angestellten zu danken. Wirklichen aufrichtigen Dank für die so sehr entgegenkommende Stellungnahme zum Wohl seiner Leute der Gemeindeverwaltung Bierstadt.

Wie fürsorglich dieses Entgegenkommen ist, erhellt schon aus der Tatsache, daß die Tagelöhner der Gemeinde die Hälfte des Stundenlohnes der Notstandsarbeiter erhalten, deren Löhne selbst auch noch einer Revision bedürfen, und die Beamtengehälter kaum diese Löhne erreichen.

Wenn die Gemeindeverwaltung glaubt, durch derartige Beschlüsse ihr ferneres Bestehenbleiben in jetziger Form, welches schon bedenklich schwankt, zu festigen, so ist sie auf dem Holzweg.

Um den vielfach vorgekommenen Verwechslungen der häufig vorkommenden Namen betreff derjenigen Personen unfere Orts bei welchen größere Mengen Kartoffel beschlagnahmt wurden (man hört von 25—80 Zentner) oder welche für Milch, Butter, Getreide und sonstige Lebensmittel zu Buchpreisen veräußern, Schwarzschlachten zum Zwecke des Verkaufs vornehmen vorzubeugen, wäre es doch sehr am Platze die Namen dieser Personen zu veröffentlichen welche sich in schamloser Weise an Ihren schwergeprüften Mitmenschen verzehren. Hat man doch auch die Veröffentlichung von Feldrevier ins Auge gefaßt. Oder huldigen die hierfür zuständigen Stellen noch dem alten System: Die kleinen hängt man die Großen deckt man. Einer für Viele.

Möchliche Nachrichten, Bierstadt.

Rath. Kirchengemeinde

Mittwoch, März.

Abendmisch.

8 Uhr Amt, nach demselben Ausstellung der geweihten Mische.

Freitag Abends 8 Uhr Fastenandacht.

Bekanntmachungen.

Freitag, den 7. März, Mittags 2 Uhr läßt Herr Peter Wagner von hier in seiner Behausung Goffstraße Nr. 3 Möbel-, Haus- und Küchengeräte, Hobelbank, Waschmaschine etc. öffentlich meistbietend gegen gleich bare Zahlung versteigern.

Der Ortsgerichtsvorsteher. Hofmann.

Am Dienstag und Mittwoch kommen die neuen Milch-Karten zur Verteilung.

Die alten Karten und Atteste sind mitzubringen. Die alten Milch-Karten verlieren am Donnerstag, 6. März ihre Gültigkeit.

Bierstadt, den 4. März 1919.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Appell der demobilisierten Leute in der Gemeinde Bierstadt aufgrund des Befehls der Stappenkommendantur an jedem Sonntag auch am kommenden Sonntag wieder abgehalten werden muß.

Es werden daher sämtliche aus dem Heeresdienst infolge Demobilisierung Entlassenen aufgefordert am kommenden Sonntag auf dem Platz vor der alten Schule (Schulstraße) pünktlich zu erscheinen und die Militärpapiere mitzubringen und zwar die Leute mit dem Anfangsbuchstaben

A bis M um 10 Uhr und
N bis Z um 10½ Uhr vorm.

Wer nicht oder nicht pünktlich erscheint, hat schwere Bestrafung durch die französische Besatzungsbehörde zu gewärtigen.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Stärkewäsche
zum Waschen und Bügeln
nimmt an
Frau E. Gentschel,
Kirchgasse Nr. 2.

Rechtbl. Wohnhaus
mit Garten zu kaufen gesucht. Angeb. unter M an die Geschäftsstelle d. Blatt.

Eine
Hobelbank
gesucht.
Schwarzgasse 9, 1. St.

Verz. Geflechte
Bindedraht
billig
H. Diehl, Wiesb. d. n.
Vleischstraße 9.

Schneiderlehrling
bei Vergütung gesucht.
Doppelstein, Wiesbaden,
Markt Straße 8.

Seltene Gelegenheit!
Wehr. sehr gute Betten mit u. ohne h. Haupt von 45 M. an
Eisenbetten von 20 M. an alle
Arten von Matratzen, Federbetten,
von 60 M. an, Federb., Kist., gut
und billig Waschkommode Nachtschr.
3 sehr gute nussb. ovale Tische von
30 M. an. 2 Spiegel 18 u. 60 M.
gefäße und leere Strohsäcke von
20 M. an, alles wie neu. **Seip,**
Wiesbaden Weststr. 25.
Laden, Eleonorenstr. 7, 2. v.

Gegen Husten
haben sich bewährt:
Wiesbadener Kochbrunnen-
pastillen und -salz,
Codener- u. Emserpastillen.
Zur Stärkung
Kola Pastillen (Dallmann &
Dulz.)
Drogerie
Arthur Lehmann,
— Bierstadt —
Wiesbadenerstraße 4, Ecke
gegenüber der Post.
Telephon 3267.

Schulranzen : Schulranzen
Grösste Auswahl Billigste Preise
offert als Spezialität
A. LETSCHERT
Wiesbaden, Paulbrunnenstr. 10. Reparaturen

Rehne Fahren bis zu
20 Zentner an bei billigster
Berechnung.
Wilhelm Bierbrauer,
Tallstraße 4.

Frau oder Mädchen
zu Hausputz gesucht.
Erholungsheim
Eiegfried.

Belgers
Shampoo
erfrischt und reinigt intensiv
Kopfhaut und Haare
à 25 Pfg.
Drogerie
Arthur Lehmann,
— Bierstadt —
Wiesbadenerstraße 4,
Ecke Adlerstr.
— Telefon 3267. —

Lehrling
gesucht. Buchdruckerei
Gosche, Bierstadt,
Blumenstraße 6.

Schöne helle **Werkstatt**
per sofort oder später zu
vermieten.
Schneidermstr. Bierbrauer,
Wiesbadenerstraße 14.

Reparaturen
an
Uhren und
Schmuck
in eigener Werkstatt schnell
sauber und gut
Bok, Wiesbaden
Kirchgasse 70.

Schmuckfachen
Plandscheine, Brillanten,
Befekte, Leuchter, Aufzüge,
Zahngelbte, Brennstoffe,
Reinplatin, Musikinstrumen-
te und Pelze kauft zu
hohen Preisen
Zul. Rosenfeld
Wiesbaden, Bagemann-
straße 15, Telephon 3964.
Plandscheine von Frankfurt
Mainz und Wiesbaden.

Beachten Sie unsere Inserate!

Täglich 4 Uhr

beginnen im Hotel
„Erbprinz“ in Wies-
baden die beliebten

Kainz-Konzerte.

Ludwigs Gelegenheits-Kaufhaus

Wiesbaden, 6 Mauritiusstrasse 6.

Stets Gelegenheitskäufe in

Herren-Kleidern u. -Schuhen usw.

Bei Vorzeigen dieser Annonce 10 Prozent Rabatt.

Geflügel- und Schweinefutter

ganz vorzüglich sehr fettreich empfiehlt
Grether, Wiesbaden, 5 Museumstraße 5.

Guterhaltene

Möbel aller Art

kaufen Sie vorteilhaft bei

H. Wimmers, Wiesbaden, Selenen
str. 31, an der Welltrig.

Fleisch von pa. Pferden

empfehlen stets frisch

S. Barmann Witwe
Erbenheim.

Joh. Georg Wollath, Nachf.

Wiesbaden Marktstr 32 Telephon 3751

Samenhandlung

eigene große Samentulturen
Preisliste über Gemüsesamen steht
frei zu Diensten.

Fachmännische Auskunft über Gemüsebau bereitwillig

Trauerhüte

Trauerschleier

Trauerflöre

grösste Auswahl billigste Preise

Modehaus Ullmann

Wiesbaden, Kirchgasse 21 Telephon 2972.

HEINRICH BRODT SOEHNE, Wiesbaden

Oranienstrasse 24 — Telephon 6574

Elektr. landw. Einrichtungen

Neu-Anlagen und Erweiterungen für Lichtanlagen. Einrich-
ten und Lieferungen von elektr. Drehstrommotoren, Sä-
maschinen, Jauchepumpen und andere Maschinen.
— Transmissionen. —

Keuchhusten

Bronchialasthma u. Verschleimung

Spezialbehandlung seit über 20 Jahren mit
bekannt überraschend
— schnellstem bestem Erfolg. —

O. Schlamp, Apotheker,

Wiesbaden, Kaiser Friedrich-Ring 17 Fernruf 2075.